

Die Ameise

„Nimmer strebe zum Ganzen!
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: C. Kossstraße 26 bei S. Ben. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder vom

General-Rath.

Berlin, den 18. Mai 1877.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ. Für Zufendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.
Redakteur: Hugo Polke, C. Kossstraße 26.

Nr. 20.

Vierter Jahrgang.

Die Bestrebungen der deutschen Gewerksvereine.

(Schluß.)

Genau ebenso verhalte es sich mit der Arbeitszeit. Eine mäßige Arbeitszeit steigere die Arbeitsleistung. Längst sei es festgestellt, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten als die Arbeiter derjenigen mit mehr Arbeitsstunden. Dollfuß in Mülhausen reducirte die Arbeitszeit wesentlich bei demselben Lohnsatz; nach Ablauf schon eines Monats zeigte sich, daß nun bei der verkürzten Arbeitszeit nicht nur ebensoviel wie früher, sondern mehrere Procent mehr und besser wie bisher gearbeitet wurde. Und der bekannte englische Großindustrielle Mundella, welcher auch an Fabriken in Sachsen theilhaftig ist, äußerte kürzlich, daß die lange Arbeitszeit der deutschen Arbeiter eine Hauptsache sei ihrer geringeren Leistung. Durch die lange Arbeitszeit werde die Arbeit zuletzt Tandelei, weil die Kräfte nicht so lange aushalten. Bei langer Arbeitszeit arbeite der Arbeiter, weil ermüdet mit geschwächter, bei kurzer mit voller Kraft.

Die Gewerksvereine wollen kein Uebermaß weder in Lohn noch in verkürzter Arbeitszeit, sondern sie wollen beides mit Maßen. Aber sie wollen auch, daß beides nicht einseitig festgesetzt, sondern Hand in Hand, nach Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse, durch beide Parteien vereinbart werde. Wissenschaft und Praxis seien ihre Rathgeber dabei.

Einfluß suchten ferner die Gewerksvereine dem Arbeiter zu schaffen auf die Feststellung der Fabrikordnungen. Bekannt sei, daß erst kürzlich in Moabit dieserwegen ein Konflikt ausgebrochen, der allerdings dann in Güte beigelegt wurde. Es kämen in dieser Beziehung manchmal haarsträubende Dinge, namentlich die schmachlichsten, Ehr- und Schamgefühl der Arbeiter verletzenden Bestimmungen vor. Hier seien vielleicht gesetzliche Vorschriften, jedenfalls aber freie Vereinbarungen anzustreben. In der Schweiz müsse jede Fabrikordnung gemeinsam zwischen Arbeitgeber und -Schmern vereinbart werden. Das wollen die Gewerksvereine auch bei uns durchsetzen. Heute decretiere leider noch einfach der Arbeitgeber das Reglement.

Durch gemeinsames Handeln würden eben alle jene socialen Kriege, durch die sich jetzt beide Theile gegenseitig zerfleischen, vermieden. Dazu sei aber eben die völlige Gleichstellung nötig, die jetzt wohl formell, nicht aber thatsächlich vorhanden sei und gegen die sich leider die Arbeitgeber immer noch so sehr auflehnten. Diese notwendige Gleichstellung aber, die der einzelne Arbeiter

nicht erringen könne, wollen die Gewerksvereine eben durch die Organisation erringen. Um dessentwillen streben sie die vielgenannten Einigungsämter an, durch welche alle jene unseligen Strifes, welche den Arbeitern wie der Industrie gar viel geschadet, unmöglich gemacht werden könnten. In diesem Sinne sei ja auch in Moabit ein Versuch gemacht, leider aber an der Passivität der betr. Arbeitgeber gescheitert.

Auf die Fabrikgesetzgebung übergehend, bemerkte Redner, daß es damit in Deutschland leider immer noch trübe aussehe. In der Schweiz wäre z. B. die Fabrikarbeit der Kinder bis zu 14 Jahren völlig verboten. Das müsse auch bei uns geschehen. Die letzten Enquêtes wiesen nach, daß die bezügl. Bestimmungen der Gewerbeordnung zum Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen eigentlich nur auf dem Papier ständen; hier seien noch besondere Maßregeln zur strengen Durchführung nötig. Es hätten sich die unglaublichsten Dinge herausgestellt; da seien z. B. in einer sächsischen Fabrik Kinder von 8—9 Jahren regelmäßig beschäftigt; wenn dann einmal polizeiliche Untersuchung stattfinden sollte, habe man die Kinder auf dem Boden versteckt und dergl. Ähnliches erzähle man sich ja auch anderswo. Das sei ein Mißbrauch der Jugend zu Gunsten des Kapitals, gegen den sich alle Klassen auflehnen sollten; denn wie könne dabei eine gesunde Generation herauskommen? Bei den Glasindustriellen finde sogar Nachtarbeit der Kinder statt. Die Betheiligten wendeten freilich ein, ohne diese würde ihre Industrie zu Grunde gehen. Versuche hätten gezeigt, daß dies nicht wahr; aber wenn auch, besser eine solche Industrie gehe zu Grunde, als die Menschheit! Die Gewerksvereine hielten einfach den Satz fest: Die Kinder gehören bis zum 14. Jahre in die Schule, nicht in die Fabrik. Dies zu ermöglichen, sei freilich auch ein ausreichender Lohn für die Familienväter nötig.

Was die jugendlichen Arbeiterinnen betreffe, so seien deren Schutz nicht minder geboten. Bei uns gerade fänden wir vielfach überwiegend Arbeiterinnen; natürlich, da sie um jeden Preis arbeiten und völlig unfähig sind, Widerstand zu leisten. Hier, wie im vorigen Punkte verlange die Menschlichkeit eine Milderung. Und eben auch für diese träten die Gewerksvereine kräftig ein.

Endlich wendete sich der Vortragende den Hilfskassen zu. Diese seien keineswegs der höchste Zweck der Gewerksvereine, vielmehr nur Mittel zum Zweck, sie sollen den Hauptzweck, die Aufbesserung der Lebenshaltung des Arbeiters, erreichen helfen, dadurch, daß sie ihn gegen alle möglichen Zufälle sichern.

Redner wies nun in Bezug auf die Kranken- und Begräbniskassen auf den Unterschied der Zwangskassen und der freien Kassen hin. Jene seien zu verwerfen, weil sie nicht sicher seien; von den in Berlin bestehenden seien eine große Anzahl zu Grunde gegangen, trotz behördlicher Kontrolle; sie seien eben nicht lebensfähig, wegen der lokalen Beschränkung und bänden eben dadurch auch den Arbeiter an die Scholle oder aber ließen ihn schutzlos; sie entbehrten endlich der Selbstverwaltung. Alles dies sei anders bei den Hilfskassen der Gewerksvereine. Hier bestehe Selbstverwaltung und Kontrolle durch die Mitglieder selbst; sie beständen auch ohne die Zusage der Arbeitgeber, die bei den Zwangskassen verhältnismäßig wenig beitragen und doch so großen Einfluß hätten. Vor Allem seien sie national, und machten dadurch erst die gesetzliche Freizügigkeit zu einer Wahrheit. Diese nationale Ausdehnung sei aber in unserer raschlebigen Zeit der Maschinen-Erfindungen, der Mode u. s. w., wo der Arbeiter bald hierhin, bald dorthin sich wenden müsse, eine Nothwendigkeit. Endlich hätten sie jetzt den vollen Schutz des Gesetzes. Ja, die Regierung und die Gesetzgebung selber hielten heute die freien Kassen für das allein richtige; deshalb sei allen bestehenden Hilfskassen jetzt im Gesetze die Reformirung auf Grund des Hilfskassengesetzes bis 1884 zur Pflicht gemacht.

Endlich sei noch die Arbeiterinvalidenkasse zu erwähnen. Diese sei von ganz außerordentlicher Wichtigkeit. Der Soldat im Felde wisse, daß er im Fall der Verwundung auf eine Unterstützung, auf eine Pension rechnen könne. Auch der Arbeiter befinde sich in einem Kriege, in einem beständigen Kampf und Krieg um das Leben, im Kriege der Arbeit, in dem ihm unzählige Gefahren drohen. Aber er steht völlig schutzlos da, allenfalls erhält er aus Gnaden eine Unterstützung; im Fall der Verunglückung habe er vielleicht nach dem Gesetz etwas zu verlangen, nicht in dem der Entkräftung. Und doch habe er ein volles und gutes Recht, die Unterstützung zu fordern. Dazu wollen ihm die Gewerksvereine helfen. Aber sie beanspruchen nicht etwa Staatshilfe, sondern sie wollen, daß er sich dieses Recht durch eigenes Thun sichere, daß er die Unterstützung der eigenen Selbsthilfe verdanke. Zu diesem Zweck solle er sich bei der Invalidenkasse rechtzeitig versichern, dann werde ihm die Unterstützung nicht aus Gnade, nein als wohlverdientes Recht zu Theil. So stehe denn die Invalidenkasse für Arbeiter einzig in ihrer Art da, freiwillig aufgebaut, den Arbeiter bei Arbeitsunfähigkeit schützend und unterstützend, und zugleich sein Selbstbewußtsein mächtig hebend und fördernd.

So zeige sich also, sagte der Redner das Gesagte zusammen, daß die Gewerksvereine nicht Utopien nachjagten, sondern realen, erreichbaren Zweck nachstrebten. Manches hätten sie schon erreicht. Mehr würde noch erreicht werden; dazu sei aber die Unterstützung aller Klassen nothwendig. Kämen doch die Bestrebungen nicht den Arbeitern, sondern mittelbar der ganzen Gesellschaft zu Gute.

Mit einer eindringlichen Mahnung an die Arbeiter, doch ja an die Besserung der eigenen Lage Hand anzulegen durch Beitritt zu den Gewerksvereinen, schloß Hr. Polke seine mit lautem Beifall aufgenommene Rede. Dieselbe machte einen um so günstigeren Eindruck, als der Redner darin alle Angriffe auf die nicht vertretenen Socialdemokraten auf das sorgfältigste vermieden hatte.

Hr. Bey bemerkte darauf, daß Hr. Polke gern bereit sei, auf etwaige Anfragen zu antworten. Es wurden solche nicht gestellt. Darauf begründete Hr. Bey noch einmal sein Verfahren zu Beginn der Versammlung: es sei von vornherein nur der Vortrag, keine Debatte in Aussicht genommen und daher jede geschäftliche Verhandlung, welche vielleicht nur zu Störungen Anlaß gegeben hätte, ausgeschlossen worden. Darauf erfolgte der Schluß der interessanten Versammlung.

An die Vorstände der örtlichen Verwaltungsstellen.

Um für die Folge etwa entstehende Irrthümer zu vermeiden, nehmen wir hierdurch Veranlassung, die Vorstände der örtlichen Verwaltungsstellen (d. h. die örtlichen Verwaltungen) ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die örtliche Verwaltungsstellen bzw. die Mitgliederversammlungen derselben zum Ausschluß von Mitgliedern — ganz gleich aus welcher Veranlassung — nicht berechtigt sind. (Siehe § 5 drittelster Absatz des Hilfskassenstatuts.) Der Ausschluß steht vielmehr dem Vorstande zu, „der in der Regel nur auf Antrag der örtlichen Verwaltungsstelle“ (siehe Statut § 10) berufen zu werden hat. Ein solcher Antrag wird

natürlich stets mit den betreffenden thatsächlichen Angaben zu unterstützen sein.

Ebenso erfolgt die Aufnahme neuer Mitglieder „auf Anmeldung der örtlichen Verwaltung durch den Vorstand“ (Siehe § 3), wie auch alle Stundungsanträge für die Hilfskasse dem Vorstand seitens der örtlichen Verwaltungen zur Entscheidung einzureichen sind.

Zur Vermeidung von Weiterungen werden die örtlichen Verwaltungen ersucht, Obiges genau beachten zu wollen.

Der Vorstand.

G. Lenz I.,
Vorsitzender.

Bey,
Hauptkassirer.

Die örtlichen Verwaltungsstellen

Ilmenau, Dresden-Neustadt, Schmiedefeld, Chodzieien und Altenburg werden hierdurch aufgefordert, die Vorschläge betr. Genehmigung der örtlichen Vorstandsmitglieder ungesäumt an den Vorstand einzusenden.

Der Vorstand.

Gust. Lenz, Vorsteher.

Jul. Bey, Hauptkassirer.

Praktische Versuche mit Gewinnbetheiligung der Arbeiter.

G. Unter den vielen einzelnen Problemen, in welche die große „sociale Frage“ sich spaltet, nimmt die Betheiligung der Arbeiter am Unternehmerngewinn die oberste Stellung ein. Von volkwirtschaftlichen Vereinen und Schriftstellern sind Mahnungen an die Arbeitgeber ergangen, Versuche zu machen und deren Ergebnisse mitzutheilen, hier und da Stimmen in der Tagespresse dafür eingetreten, auch einige Regierungen haben sich der Sache angenommen.

Daß noch heute die große Mehrzahl der Fabrikherren wenig geneigt sein mag, ihr Unternehmen, auf welches ihr und ihrer Familie Existenz gestellt ist, zum Versuchsfelde für nationalökonomische Grundsätze herzugeben, läßt sich kaum anders erwarten. Ein Gelehrter, der sich für die Sache erwärmt, sieht sie von seinem Schreibtisch oder Lehrstuhl aus natürlich ganz anders an, als der praktische Geschäftsmann von seinem Comtoir aus. Für diesen hat schon der bloße Gedanke, Rechenschaft ablegen zu müssen, vor einer Anzahl Fremder, oder auch nur eine moralische Verantwortung zu übernehmen, etwas Peinliches. Ist es doch alter Brauch im Geschäftsleben, sowohl von großen Erfolgen wie auch von empfindlichen Fehlschlägen so wenig wie möglich zur äußeren Erscheinung kommen zu lassen, Ersteres, um nicht Concurrenz herbeizuziehen, Letzteres, um den Credit nicht zu schaden. Jetzt soll nun ein Unternehmer seine Resultate der Öffentlichkeit und mithin der Kritik preisgeben, soll Gefahr laufen, daß Nebenbuhler Einblick in seinen Vermögensstand, vielleicht sogar in seine Bezugsquellen und Absatzgebiete erlangen. Diese ganze Perspektive mit ihren vielen Unberechenbarkeiten wirkt offenbar auf ihn wenig ermunternd und wir Anderen haben kein Recht, Jeden, der sich grundsätzlich gegen den neuen Vorschlag erklärt oder mit seinem Entschlusse zögert, der „Engherzigkeit“ zu zeihen. Um so mehr Ehre und um so lebhafterer Dank gebührt darum aber auch jenen Männern, die den Muth und die Thatkraft besitzen, ihren Zeitgenossen mit gutem Beispiele voranzugehen. Mögen bei manchen von ihnen auch keinerlei humane Gesichtspunkte mitsprechen, mögen sie nur aus nüchternen Einsicht in eine geschäftliche Nützlichkeit oder gar Nothwendigkeit heraus handeln, wir dürfen dennoch auch ihnen ein Bravo zurufen. Je mehr Einzelne den ersten Schritt thun — zum Glück sind in diesem Augenblicke schon Hunderte von solchen rüstigen Pionieren zu verzeichnen —, um so mehr Andere werden folgen, um so eher wird Klarheit in eine große culturhistorische und die bedeutungsvolle nationalökonomische Frage gebracht werden.

Ein großes Verdienst erwirbt sich Professor Böhmert durch die Unermüdllichkeit, mit welcher er von fern und nah Mittel zur Aufhellung dieser Frage zu sammeln bemüht ist. Die letzten Jahrgänge der Zeitschrift des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen „Der Arbeiterfreund“, herausgegeben von Victor Böhmert und Rudolph Greiß, geben Zeugniß davon. Man erkennt, daß Böhmert ohne vorgefaßte Meinung durchaus belehrend zu Werke geht. Weder für diese oder jene Methode der Gewinnbetheiligung, noch für oder gegen das Prinzip überhaupt wird Partei genommen. Ganz mit Recht, denn in einer so schwerwiegenden und verwickelten Frage läßt sich erst ein Urtheil ge-

winnen, wenn sehr viele praktische Ergebnisse vorliegen, und zwar aus den verschiedensten Ländern und Produktionszweigen. Stellt sich im Laufe der Ermittlungen heraus, wie von vielen Seiten gehofft wird, daß bei diesem Modus sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer gewinnen, so würde er rasch allgemein eingeführt werden, und dann, eben so wie im entgegengesetzten Falle, der socialdemokratischen Agitation eine ihrer schneidigsten Angriffswaffen entwunden sein. Wir theilen hier nur einiges Wenige auszüglich mit, sowohl um unser Scherlein beizutragen, das Interesse für die Sache in weiteren Kreisen anzuregen, wie auch in der Hoffnung, daß es noch mehr Arbeitgeber veranlassen möchte, selbst Versuche anzustellen und Bericht darüber zu veröffentlichen.

Schon seit Jahrzehnten liegen Versuche vor mit verschiedenartigen Lohnzahlungsmethoden im Eisenbahnwesen. Der Bahnbetrieb beschäftigt so viele Zweige von Angestellten und Arbeitern, daß größere Gesellschaften einen Mikrokosmos bilden, in dem die verschiedensten Systeme zur Geltung kommen können. Auch haben schon seit dreißig Jahren einzelne Männer, ihre sociale Aufgabe begreifend, die Lohnzahlungsmethoden zu verbessern gesucht, sogar hier und da eine allgemeine Gewinnbetheiligung der Arbeiter durchgeführt. Einen der ersten und weitgehendsten Versuche machte die Orleansbahn, und ein paar Deutsche Verwaltungen folgten nach. Allgemeiner Verbreitung als diese Methode fand die Einführung der Ersparnisprämien. Eisenbahndirector Tellkamp in Altona theilt Ausführliches mit aus seinem eigenen Berichte, sodann über die Systeme der Orleans-, der Berlin-Anhaltischen und der Hessischen Ludwigsbahn. Seiner Ansicht nach läßt sich bei Bahnen, wo der Reingewinn minder veränderlich ist als bei andern großen Unternehmungen, eine Gewinnbetheiligung besser durchführen. Er giebt jedoch zu erwägen, ob bei der großen Masse von Angestellten, die nicht auf Vermehrung der Einnahmen, wohl aber auf Ersparung von Ausgaben einwirken können, das bei der Altona-Kieler und der Rheinischen Bahn durchgeführte System der Ersparnisprämien nicht zweckmäßiger und wirksamer erscheine, als eine Gewinnbetheiligung. Letztere empfiehlt er für Mitglieder der leitenden Behörde. Die Orleansbahn konnte vom Jahre 1844 bis 1872 nahezu 43 Millionen Frs. in 171,500 Parten vertheilen. Bei der Berlin-Anhalter wie bei den meisten Deutschen Bahnen besteht eine Pensionskasse, die Gratifikationen können deshalb ausgehändigt werden und brauchen nicht in jene zu fließen. Sie vertheilt jährlich 5260 Thaler als Gratifikationen, dann eine Tantieme von der Dividende, für 1872 wurden an Beamte der Bahnverwaltung 18,160, der Transportverwaltung 12,300, der allgemeinen Verwaltung 5400 Thlr. gezahlt, bei 17 Procent Dividende auf 8½ Millionen Stammcapital. Diese Art, das Interesse der Beamten mit dem der Actionäre zu verbinden, soll sich hier seit 32 Jahren bewährt haben. Die Hessische Ludwigsbahn vertheilte 1872 52,985 Thlr. Es folgen Berichte über Ersparnisprämien bei der Altona-Kieler, über Prämien-Accordsystem bei der Rheinischen u. A. mehr.

Die Enquête über Gewinnbetheiligung der Arbeiter ergiebt für Vaterland Folgendes, nach der Denkschrift des Ministeriums. Fünfzig Bairische Arbeitgeber haben Betheiligung am Reingewinn eingeführt, 30 davon Berichte erstattet, aus denen hervorgeht, daß es sich in den meisten Fällen nur um Prämien, Gratifikationen oder Betheiligung von Werkführern und Vorarbeitern handelt. Die Mehrzahl der Fälle beruht auf Liberalität und ist keinem wissenschaftlich faßbaren Princip unterworfen. Das größte socialpolitische Interesse bieten die Einrichtungen der berühmten Maschinenfabrik von König u. Bauer in Oberzell bei Würzburg; weitere lehrreiche Versuche finden sich in der Zinkfolienfabrik von Morgenstern in Jütth, in der München-Dachauer Actiengesellschaft für Maschinenpapier, im Holzgeschäft von Kröber in München, in dem Eisenwerk und der Kammgarnspinnerei zu Kaiserlautern, in der Haag'schen Maschinenfabrik in Augsburg und in der Baumwollspinnerei und Weberei in Kaufbeuren. Einige Versuche sind bald wieder eingestellt worden. Viele Geschäfte waren wegen erlittener Verluste außer Stande, Gewinn zu zahlen, was Unzufriedenheit erweckte. „Die Arbeiter betrachteten früher erhaltene Beträge nicht als Gratifikationen, sondern als Entschädigung für Leistungen, die dem Geschäft allein Gewinn gebracht hätten. Sie verstehen nicht, daß sie in schlechten Jahren bei gleicher Pflichterfüllung nicht auch eine Extrabelohnung verdienen sollen, während doch die jeweiligen Verhältnisse durch ganz andere Factoren bestimmt werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Hungertyphus.

Das Auftreten einer Infectionskrankheit, einer Krankheit, die als unzweifelhaft epidemisch contagios erkannt worden ist, verdient entschieden ein Gegenstand öffentlicher Besprechung zu werden. Heutzutage ist sicher überall die Ansicht durchgedrungen, daß dem raschen Umsichgreifen solcher Contagien am Besten durch geeignete Schutz- und Vorsichtsmaßregeln begegnet werden kann, wie sie der Einzelne in seiner Lebensweise und seinen Verhältnissen zur Umgebung und Außenwelt wohl zu beachten im Stande ist. Da heißt es denn die Kenntniß über derartige Dinge auch zu verallgemeinern. — Fürchten wir nicht den Schreckensruf: „Hannibal ante portas.“ für die meisten Leser liegt eine derartige Epidemie augenblicklich nicht vor, und so ganz ohne allen Grund möchte ich Niemanden in Angst setzen. Der Schreckensschauplatz, den ich meine, liegt nicht so nahe vor unseren Thoren und doch nicht zu weit ab, als daß es uns nicht Etwas anginge, ich meine Oberschlesien mit dem daselbst wüthenden Hungertyphus. Dieser Gast verdient um so mehr Beachtung unsererseits, als er gerade Schlesien zum Destern zum Schauplatz seiner traurigen Wirksamkeit sich auserkoren hat. Es liegt keineswegs in meiner Absicht, eine genaue Beschreibung der Krankheit zu geben, bei der ungeheuren Mannichfaltigkeit des Krankheitsbildes ließe sich dasselbe hier kaum annähernd erschöpfend darstellen; ich will nur nach der Seite hin die Aufmerksamkeit lenken, von der eine solche Epidemie das vollste Interesse mit Recht beanspruchen darf. Es gilt mir hier, auf die Art der Verbreitung des Hungertyphus, seine Contagiosität und Entstehungsweise und auf die Mittel hinzuweisen, um seiner Ausbreitung mit Erfolg zu begegnen.

Der Hungertyphus, oder wie er mit seinem wissenschaftlichen Namen lautet, der Flecktyphus (eranthematischer Typhus), ist von seinem Zwillingbruder, dem gewöhnlichen Typhus (Darmtyphus), vielfach unterschieden, wiewohl er in anderer Beziehung viel Ähnlichkeit mit ihm hat. Der Flecktyphus ist im Ganzen ein viel seltener Gast als der Darmtyphus; der Symptomencomplex des ersteren ist ein ganz besonderer, vor Allem ist er durch einen charakteristischen „Fleckauschlag“ (daher der Name Flecktyphus) gekennzeichnet; sein Verlauf ist schneller und gefährlicher, seine Contagiosität bedeutender. — Die ersten unverkennbaren Beschreibungen des Flecktyphus finden sich bei den Ärzten des 16. Jahrhunderts in Italien, wo die Krankheit in großem Umfange herrschte. Während der Kriegsjahre vom Anfang dieses Jahrhunderts bis 1815 wüthete ebenfalls der eranthematische Typhus, seinen Höhepunkt erreichte er nach der Rückkehr der geschlagenen Armee aus Rußland. Mit dem Aufhören der Kriege wurde das Fleckfieber auf dem Continente so selten, daß in den 30er Jahren in Deutschland und Frankreich vielfach die Ansicht aufkam, entweder es gebe überhaupt nur einen Typhus, den Darmtyphus, oder dieser sei wenigstens auf dem Continente die einzige Form, während man für England das Bestehen des Flecktyphus zugab. Die Epidemien der Jahre 1847 und 1848 in Schlesien, Böhmen und Belgien gaben die ausgiebigste Gelegenheit zur Berichtigung dieses Irrthums. Hierzu kommen die Erfahrungen im Krimkriege, neue Epidemien in Schlesien im Jahre 1856, so daß sein Vorhandensein für Mitteleuropa jetzt ohne allen Zweifel feststeht. — Betrachten wir nach den bisherigen Erfahrungen die geographische Verbreitung des eranthematischen Typhus, so ergiebt sich, daß er unter den europäischen Ländern gegenwärtig in Großbritannien die überwiegende Typhusform ist und, so viel man weiß, immer war, daß er in Centralearopa im Allgemeinen selten, nur vorzugsweise epidemisch und vorübergehend vorkommt, daß er aber auch an einzelnen Flecken (Oberschlesien, Polen, russische Ostsee-provinzen) die endemische, ständige Form bildet. Endemisch ist nämlich ein Contagium für einen Ort, wenn es daselbst entstanden, nicht durch Einschleppung dahin gebracht worden ist (wie z. B. die Malariafrankheiten in gewissen Sumpfgenden endemisch sind); deshalb kann aber die endemische Infectionskrankheit zugleich epidemisch in ihrem Auftreten sich gestalten, wenn sie nämlich zu Massenerkrankung führt. (Schlus folgt.)

Personal-Nachrichten.

Der Porzellandreher Emil Brauner aus Dittersbach entwendete Sonnabend, d. 5. Mai, während der Mittagspause seine in einem verschlossenen Kasten befindlichen Personal-Papiere, fertigte sich dieselben aus und begab sich auf Reisen. Wir bitten alle Personale, wo sich der Brauner erfinden sollte, ihm die ge-

fälschten Papiere abzunehmen und uns umgehend davon in Kennt-
niß zu setzen.

Das Dreher-Personal Neustadt b. M.
J. W. L. Lehmann.

Moabit, 13. Mai.

Als wir in der Zeit vom 27. Februar bis 10. März d. J.
wegen einer neuen Fabrikordnung sowie eines Lohntarifs mit
unserer Direktion in Differenz gerathen waren, welche auch von
der Kündigung des ganzen Personals begleitet war, frugen während
dieser Zeit mehrere Kollegen bei der Direktion um Arbeit an,
die denselben auch sofort zugesagt wurde. Einer von diesen Kolle-
gen, Hr. Wilhelm Naumann, der nun, nachdem die Kündigung
zurückgenommen war, hier in Arbeit trat, wurde vom unterzeich-
neten Personal nicht in den Personalverband aufgenommen.

Eine Anfrage an das Personal Altmaier, wo der pp. Nau-
mann zuletzt gearbeitet hatte, wurde sehr lakonisch dahin beant-
wortet: Der pp. Naumann hat uns nicht die Wahrheit gesagt,
er wollte nach Grünau gehen, machen Sie mit demselben, was Sie
wollen.

Auf diesen Bescheid hin wurde demselben noch zugestanden,
daß wenn er bis zur nächsten Generalversammlung des lokalen
Reisegeldverbandes Berlin Beweise beibringen könne, daß er während
der Kündigung des Personals keine Arbeit angenommen hat, so
wäre er aufgenommen und zahlte dann sein Reisegeld bis dato nach.

Beweise hat nun der pp. Naumann bis heute nicht beige-
bracht, ist jetzt aber wieder gekündigt worden. Da wir nun kein
Personalattest von demselben in Händen haben, so sehen wir uns
gezwungen, den Thatbestand zu veröffentlichen. Glaubt Hr. Nau-
mann gerechte Sache zu haben, so kann er ja die Vermittelung
des Vororts Waldenburg nachsuchen.

Mit kollegialischem Gruß

Das Schömburg'sche Dreherpersonal.

Vermischtes.

— Soziale Stufenleiter. In einem kleinen badischen
Landstädtchen, das durch den Reichtum seiner nicht wenigen Bauern
berühmt ist, spielte sich im Laufe der letzten Wochen folgendes,
für die Betreffenden keineswegs rühmliche Vorkommniß ab. „Mehrere
Landwirthe“ machten durch Inserat im Lokalblatt, und zwar ohne
irgend einen Grund anzugeben, bekannt: „Vom 15. April an
kostet der Liter Milch 20 Pf.“ Seither war der Preis 18 Pf.
Dem folgte die Anzeige „mehrerer Tagelöhner“ im gleichen Blatt:
„In Folge der höheren Preise der Lebensmittel zc. sehen wir uns
veranlaßt, vom 1. Mai ab den Preis des Tagelohns für Manns-
leute auf 2 M. und für Frauenspersonen auf 1 M. festzusetzen.“

— Dies ließ die „mehrere Handwerker“ nicht ruhig schlafen; sie
verklündeten: „Da die Milch in hiesiger Stadt bei mehreren Land-
wirthen einen Preis erreicht hat, wie er nur in größeren Städten
des Landes ist, so machen wir diejenigen Landwirthe, welche so
hohe Preise fordern, darauf aufmerksam, auch bei ihnen unsere
Preise zu erhöhen; wie dieselben in größeren Städten üblich sind.“

— Den Schluß der Veröffentlichungen bildete das Inserat „mehrerer
reisenden Handwerksburschen“ welche erklärten: „Angeichts
der hohen Lebensmittelpreise sehen wir uns veranlaßt, zu erklären,
von heute an nicht weniger als 5 Pfennig annehmen zu können.“

— Wir haben dem nur noch beizufügen, daß der von den reichen
Bauern in Szene gesetzte Ausbeutungsversuch der ärmlen Klasse
und der Beamten mißlungen ist.

— Der vielverdiente Fabrikant Engel-Dollfuß in Mül-
hausen, welcher selbst gegen 2500 Arbeiter beschäftigt, sagt in
seiner neuesten Schrift über das Sparen, die Versorgungsanstalten
und die Gewinnbetheiligung der Arbeiter (Etude sur l'Épargne
etc. Mülhausen, Verlag von Delafosse), daß der Unternehmer die
Abnutzung der Arbeitskraft bei den Generalunkosten des
Geschäfts mit berechnen und im Verhältnis zu den Löhnen
Beiträge zu den Versorgungskassen leisten müsse. Die
Fabrikate hätte für ihre Arbeiter in ähnlicher Weise zu sorgen,
wie der Staat für seine Soldaten und Beamten.

— Der Gewerbeverein der deutschen Dichter hatte
dem letzten Jahresbericht zufolge Ende 1876 in den 39 Ortsklassen
13,552 M., in der Kranken- und Begräbniskasse 30,612 M.
Die Mitgliederzahl beträgt ca. 3000 und wächst zusehends.

Vereins-Nachrichten.

§ Schmiedefeld, 9. Mai. (Protokollauszug der Sitzung vom 2. Mai.)
Der Vorsitzende Hr. Hartleb eröffnete die Versammlung Abends 9 Uhr. Die
Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 21 Mitgliedern. Alsdann wurde in
die Tagesordnung eingetreten. Am 15. April wurde die Orts-, sowie die
Krankenkasse von den Revisoren revidirt und beide in bester Ordnung befunden.

Hierauf wurde die Ortsversammlung geschlossen und die Sitzung der
örtlichen Verwaltung (eingeschriebene Kasse) eröffnet. Den Mitgliedern
wird das Ableben des Porzellanbrenners Michael Wagner zur Kenntniß ge-
bracht. Sämmtliche Mitglieder gaben den Wunsch zu erkennen, hiervon durch
die „Ameise“ Mittheilung zu machen. Der p. Wagner verschied am 26. April
und wurde Sonntag, den 29. April, beerdigt, wobei sich sämmtliche Mitglieder
des Vereins betheiligten. Hierauf erfolgte Schluß der Sitzung.

Friedrich Hartleb, Vors.

Adolph Wagner, Schriftführer.

§ Seegerhall bei Neuwedel. (Protokollauszug der letzten Orts-
versammlung.) Der Vorsitzende Hr. Albert Scranowitz eröffnete die Versamm-
lung um 8 1/2 Uhr. Nach Verlesung des letzten Protokolls wird zur Tages-
ordnung geschritten. Punkt 1 betrifft Kassenlegung während der ersten Monate
des Bestehens des hiesigen Ortsvereins. Die Verwaltung wird in Ordnung
befunden und hierauf dem Kassirer Decharge erteilt. Punkt 2 betrifft Ver-
lesung der neuen Statuten. Nachdem dieses geschehen, geht die Versammlung
zu Punkt 3 über. Derselbe betrifft die Aufnahme eines neuen Mitgliedes, auch
meldet sich ein überstiebeltes Mitglied des Ortsvereins Neustadt-Dresden. —
Nachdem der Vorsitzende noch die Mitglieder ermahnt hat, recht pünktlich ihren
Verpflichtungen nachkommen zu wollen, erfolgt Schluß der Sitzung.

Jos. Mitsche, Schriftführer.

Literarisches.

Der „Gewerbevereins-Leitfaden“ von Dr. Max Hirsch und Hugo
Volke entspricht, wie wir aus den zahlreichen Bestellungen vieler Ortsvereine
schließen, einem großen Bedürfniß. Jedenfalls sollte es kein Vorstand eines
Ortsvereins verabsäumen, denselben anzuschaffen, und in seiner Bibliothek sollte er
fehlen. Der Inhalt des Gewerbevereins-Leitfadens ist folgender:

Den deutschen Arbeitern aller Berufswege von Dr. Max
Hirsch. Ausruf. Was haben wir von dem Gewerbeverein? Das Wichtigste
von den Ortsvereinen, den Gewerbevereinen und dem Verbands-
der deutschen Gewerbevereine. Was leistet dem Arbeiter die nationale Kranken- und Begräb-
nikasse? Die Invaliden der Arbeit und die Verbands-Invalidenkasse.

Anleitung zur Gründung neuer Ortsvereine von Hugo Volke.
An alle Gesinnungsgenossen. Vorbemerkung. Wie man die Sache vorbereitet.
Polizeiliche Anmeldung der Versammlung. Eröffnung und Bureauwahl. Der
Referent (Berichterstatter). Die Zwecke und Erfolge der deutschen Gewerbe-
vereine. (Ein Vortrag zur Benutzung für den Berichterstatter.) Diskussion;
Gründung des Ortsvereins. Verhalten des neu gegründeten Vereins. Anhang.
Die wichtigsten Bestimmungen der preussischen Verordnung über Versammlungen
und Vereine. Muster zur Anmeldung bei der Polizei-Behörde. Muster zu
Versammlungs-Anzeigen durch Zeitung oder Plakat. Empfehlenswerthe Schrif-
ten. Adressen.

— Die Deutschen Gewerbevereine und die Socialdemokratie.
(Mit besonderer Berücksichtigung der englischen Gewerbevereine) von Hugo Volke.
Stuttgart 1875. Verlag von C. Krabbe. Preis 80 Pf. Für Gewerbevereiner
(durch die Expedition bezogen) 50 Pf. Wer den Ursprung und die Entwick-
lung der deutschen sowie der englischen Gewerbevereine, und die Zwecke und
Ziele dieser gemäßigten Arbeiterorganisationen kennen lernen will, der findet
in dieser Brochüre reiches Material in populärer Darstellung. Bei Entnahme
von 12 Stück ein Freiemplar.

— Das Arbeitsverhältniß gemäß dem heutigen Recht. Ge-
schichtliche und ökonomische Studien von Uiso Brentano. Leipzig 1877.
Verlag von Duncker und Humblot. Preis 6 M. Für die Mitglieder der
Deutschen Gewerbevereine (durch die Expedition C. Köhler. 25 bezogen) 4 M.
50 Pf. Wir empfehlen die vorliegende Schrift unsern Lesern, zumal den
Bibliotheken angelegentlichst; sie enthält eine populär-wissenschaftliche Behand-
lung der Arbeiterfrage vom Standpunkte der (von demselben Verfasser er-
schienenen) Arbeitergilden. Eine eingehende Recension behalten wir uns vor.

* Berichtigung. In die Rechnungsabchlüsse in Nr. 17 haben
sich mehrere Fehler eingeschlichen: 1) Das Gesamtvermögen der Generalraths-
kasse pro 1. Quartal 1877 beträgt M. 988,68 (und nicht 938,68); 2) muß es
in demselben Abschluß (der Generalrathskasse) heißen: Kassenbestand der Orts-
kassen (statt Ortskasse). — Ebenso muß es im Rechnungsabchluß der Kran-
ken- und Begräbniskasse statt Ortskasse — Ortskassen heißen. — Im
Rechnungsabchluß der Organkasse müssen die bei den Posten: „Privat-
abonnements“ und „zurückgezahltes Porto“ in Parenthese befindlichen Worte:
„Porto“ und „Abonnements“ wegfallen. D. Red.

* Moabit Vorstandssitzung der Krankenkasse, eingeschriebene
Kasse, am Freitag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr, bei Wittig.
Tagesordnung: Schlußberatung der Kassenordnung.
Gustav Lenz, Vorsitzender. Julius Bey, Hauptkassirer.

* Quittung über eingegangene Beträge bis ult. April 1877.
Jamenau M. 24,75, Kocze-Colditz 8,80, Müller-Rauenstein 5,70, Sophienau
69,43, Dresden-Alst. 17,32, Jhne-Colditz 5, Jhne-Deffendorf 1,65, Jhne-
15,45, Zwickel 30,50, Charlottenburg 59,42, Butau 100,15, Berlin 30,72,
Lettin 59,63, Reigert-Pössa 2, Dresden-Neust. 33, Moabit 212,20, Bochm-
Berlin 19,63, Kopenhagen 246,46, Jhne-Colditz 1,97, Jhne-
29,55, Rudolfsbad 263,12, Kahla 35,6, Schlierbach 123,29, Blankenhain 56,93,
Altwasser 475,8, Gotha 16,32, Magdeburg 146,36, Hansen-Bernburg 10,
Mühlhausen 264,92, Schramberg 176,49, Jhne-Berlin 60,40, Fürstenberg
217,63, Neuhaldensleben 70,74, Summa 2840,67 M.

J. Bey, Hauptkassirer.